

Zeitschrift: Schweizerische Zeitschrift für Geschichte = Revue suisse d'histoire = Rivista storica svizzera
Herausgeber: Schweizerische Gesellschaft für Geschichte
Band: 24 (1974)
Heft: 1

Buchbesprechung: Deutsche Überseewanderung im 19. Jahrhundert. Ein Beitrag zur soziologischen Theorie der Bevölkerung [Peter Marschalck]
Autor: Büchi, Kurt

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 22.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

autre image se dégage de la sorte de Benjamin Constant, non plus celle tracée par tant de générations avec tant d'obsession, mais une image plus complexe, plus nuancée, plus vraie surtout, qui n'est plus seulement la vérité première des grands prêtres du cœur, mais celle profondément captivante, d'un homme entièrement et consciemment engagé dans l'actualité, travaillant corps et âme à l'aménagement de la cité de demain.»

La première partie de cette correspondance (pp. 13–71) rapporte les soucis quotidiens que suscite la campagne électorale en faveur de Benjamin Constant. On y trouve l'insistance de Goyet à convaincre Constant de ne pas négliger le poids électoral du monde rural. Le reste du volume révèle le rôle du député Constant sous les ministères qui se succèdent de 1819 à 1822. Sur la toile de fond que dessinent les luttes des partis et celles des intérêts particuliers, la ligne de conduite de Benjamin Constant demeure celle qu'il avait tracée dans la profession de foi qu'il avait adressée aux habitants du département de la Sarthe, le 2 avril 1819: «La liberté des consciences, celle de l'industrie, celle de la presse, l'obéissance aux lois, la sûreté des individus, la sainteté des formes judiciaires, l'indépendance et la composition impartiale des jurés, les droits des communes, comme ayant des intérêts particuliers qu'il faut respecter, telles sont les conditions indispensables de tout gouvernement.» Pendant près de quatre ans, Benjamin Constant met son honneur à défendre ces principes. Quand, aux élections de novembre 1822, il sollicite une nouvelle fois les suffrages des électeurs de la Sarthe, ses promesses sont sincères: «Je remplirai ma mission avec un double zèle, si on me la rend; mais si on ne me la rend pas, je serais si convaincu que ce n'est point par le courage et l'intégrité qu'on obtient l'appui populaire que je n'éprouverai pas de regrets bien profonds.» Et il ajoute dans sa lettre du lendemain, datée du 9 novembre 1822: «Mes amis n'auront pas à rougir de ma conduite.»

Vraiment, Benjamin Constant, député de la Sarthe, est demeuré fidèle à lui-même: le dévoué défenseur de la monarchie constitutionnelle.

Sierre

Michel Salamin

PETER MARSCHALCK, *Deutsche Überseewanderung im 19. Jahrhundert. Ein Beitrag zur soziologischen Theorie der Bevölkerung*. Stuttgart, Klett, 1973. 128 S., 41 Tab., 6 graph. Darstellungen. (Industrielle Welt, Bd. 14.)

Mehr als fünf Millionen Deutsche haben zwischen 1815 und 1914 ihr Land, vorwiegend mit dem Ziel USA, verlassen. Das 19. Jahrhundert war eine Zeit der Massenauswanderung. 1832 waren es zum erstenmal mehr als zehntausend Auswanderer, 1846 schon über 60 000, 1854 nahezu 240 000. Neue Höhepunkte brachten die Jahre 1866–1873 und 1880–1885. Da um 1890 die deutsche Industrie so weit entfaltet war, dass sie die überschüssige Landbevölkerung fast vollständig aufnehmen konnte, und anderseits in den USA die Zeit des

freien Siedelns vorüber war, sank die Zahl der Emigranten auf 20 000 bis 30 000 jährlich.

Analog der wirtschaftlichen Entwicklung im Deutschen Bund und dann im Zweiten Reich lassen sich mehrere Auswanderungsphasen unterscheiden: Die Phase der Familienauswanderung selbständiger Kleinbauern und Kleinhandwerker aus dem südwestdeutschen und westdeutschen Raum deckt sich mit der vorindustriellen Periode, wobei allerdings ein «time-lag» von fünfzehn Jahren zu einem Übergreifen in die um 1850 einsetzende Phase der Frühindustrialisierung führt. Zwischen 1865 und 1895 wandern vorwiegend unterbäuerliche und unterbürgerliche Schichten aus Nord- und Nordostdeutschland aus, wobei hier nun auch Einzelwanderer zu berücksichtigen sind. Wiederum bewirkt ein «time-lag» von diesmal rund zwanzig Jahren ein Übergreifen der zweiten Auswanderungsphase von der Periode der Frühindustrialisierung in die der schon Mitte der siebziger Jahre einsetzenden Hochindustrialisierung. Nach 1895 wandern praktisch nur noch Einzelwanderer aus der Industriearbeiterschaft mit dem Zweck der Arbeitnahme aus. Man könnte hier mit dem Verfasser wohl rechnen, ob bei so grossen Phasenverschiebungen die Analogie zwischen wirtschaftlicher Entfaltung und Auswanderung noch zulässig ist.

Die Zahl der Auswanderer war regional sehr verschieden. Das Realteilungserbrecht im Südwesten und Westen führte zu starker Zerstückelung der Güter und damit zu einer Zunahme der Familienstellen. Die Auswanderung der Kleinbauern war die Konsequenz dieses Bevölkerungsdrucks. Besonders stark war die Auswanderung in Baden, Württemberg und in der Pfalz, da dort das Realteilungserbrecht alt war, während es im Rheinland und in Rheinhessen erst mit dem Code Civil eingeführt wurde und so die Zerstückelung noch nicht so weit fortgeschritten war. In den Gebieten des Anerbenrechts (geschlossene Vererbung der Höfe) im Nordwesten und im rechtsrheinischen Bayern war die Auswanderung gering, da die mittel- und grossbäuerlichen Betriebe eine sichere Existenz ermöglichten.

Wie in diesen grundherrlichen Gebieten war auch das Bild im Bereich der Gutsherrschaft recht vielfältig. Im Gefolge der Bauernbefreiung wurden die Domänenbauern Schleswig-Holsteins zu Eigentümern, unterbäuerliche Schichten fehlten hier weitgehend, die Zahl der Emigranten blieb klein. Ganz anders war die Situation in Mecklenburg, wo es praktisch keine freien Bauern gab und die Arbeit auf den Gütern von Tagelöhnern und Dienstboten verrichtet wurde. Diese sehr ungünstigen sozialen Verhältnisse führten zu starker Auswanderung. In Ostelbien führten die liberalen Agrarreformen zu einer starken Bevölkerungszunahme, doch war das Gebiet zunächst so schwach besiedelt, dass erst die sechziger und siebziger Jahre zu ernsthaften Problemen führten.

Der Autor sieht den Hauptgrund der Auswanderung in der misslichen sozialen Lage, während religiöse, politische und wirtschaftlich-spekulative Gründe nur am Rande wirkten. Die Bindungen der Menschen an ihre Hei-

mat war in allen Teilen Deutschlands gelöst, die bewusste Bereitschaft zur Auswanderung dürfte sich jedoch erst durch einen besondern Anlass ergeben haben.

Die Arbeit entstand als Dissertation unter Wolfgang Köllmann in Bochum. In einem Überblick über die Geschichte der Auswanderung will sie den Prozess der Auswanderungen des 19. Jahrhunderts in die soziologische Bevölkerungstheorie nach Ipsen und Mackenroth einordnen. Der Verfasser korrigiert verschiedene bisherige Fehlurteile und liefert reiches statistisches Material, das bisher ebenfalls ungenügend war. Der Schritt vom blosen Überblick über den Forschungsstand zur Theorie ist indessen nicht restlos gegückt. Vieles ist zu summarisch behandelt, was bei einer Dissertation allerdings nicht zu stark gerügt werden darf.

Luzern

Kurt Büchi

WINFRIED BAUMGART, *Der Friede von Paris 1856. Studien zum Verhältnis von Kriegsführung, Politik und Friedensbewahrung*. München, Oldenbourg, 1972. 287 S., 7 Karten, 1 Lithogr.

Baumgarts Buch befasst sich mit der diplomatischen Vorbereitung und Arbeit des Pariser Kongresses von 1856, dem Pariser Frieden als seinem Ergebnis und mit dessen Aus- und Nachwirkungen. Der Autor hat sich bereits am Gegenstand des Friedens von Brest-Litoswk nachdrücklich als Kenner der Problematik von Kriegsführung, Politik und Machtausgleich im Friedensschluss erwiesen. Im gleichen Rahmen steht seine Studie über den Frieden von Paris 1856 als Abschluss des Krimkrieges. An diesem Gegenstand, den Verhandlungen der europäischen Grossmächte in der Endphase des Krieges und dann in Paris mit dem Abschluss eben im Pariser Frieden, durchleuchtet Baumgart Realität, Ideal und Ideologie des europäischen Konzerts.

Dieser Ansatz erweist ihn als überzeugten Verfechter des Primats der Aussenpolitik; dennoch, indem er die Bedingnisse der einzelnen Staaten – für die Donaumonarchie wählt er den Begriff der «Lebensgesetze des Vielvölkerreiches (S. 77)» – und die Motive der jeweiligen Regierungen beschreibt, den Krieg zu beenden, gerät seine Arbeit sehr in die Nähe des Primats der Innenpolitik.

Der Pariser Friede beendete den Krimkrieg auf diplomatischem Wege, bevor die militärische Entscheidung gefallen war. Die Krim war nur einer der Kriegsschauplätze, der russischen Niederlage dort standen Siege anderswo, etwa die Eroberung der türkischen Festung Kars, gegenüber; vor allem aber war die Möglichkeit greifbar nahe, dass der Krieg sich zum umfassenden europäischen oder gar Weltkrieg ohne Bezug zu seinen ursprünglichen Anlässen entwickelte.

Der Pariser Friede enthält keinerlei Diktate – sie wären nicht durchsetzbar gewesen –, er ist das Ergebnis von Verhandlungen und Kompromissen.